

## Politischer Missbrauch von Faktenchecks: Deutschland ist ein abschreckendes Beispiel

Aktivistische Journalisten wollen mit einseitigen Faktenchecks die öffentliche Meinung beeinflussen. Diese Selbstherrlichkeit untergräbt die Glaubwürdigkeit der Medien.

28.01.2025



Die Urteile sind meist gnadenlos. «Lügen», «Desinformation», «falsche Behauptungen» – so tönt es, wenn Journalisten des ARD-Ressorts «Faktenfinder» Beiträge in anderen Medien prüfen. Im Februar 2023 nehmen sich die Faktenchecker der ARD einen Artikel des amerikanischen Journalisten Seymour Hersh vor, der international für Aufsehen sorgt. Hersh behauptet, nicht die Russen, sondern die Amerikaner hätten die Ostsee-Gaspipeline Nord Stream gesprengt.

Diese These findet der ARD-«Faktenfinder» schlicht «abenteuerlich». In seinem Artikel schreibe Hersh nämlich, die Attentäter hätten «Sprengstoff in Pflanzenform» auf den Pipelines angebracht, um die Bomben zu tarnen. Solche «Pflanzenattrappen», so führt der «Faktenfinder» unter Berufung auf einen Sprengstoffexperten aus, seien für einen Einsatz im Wasser zu fragil. Auch wenn es theoretisch möglich sei, «dicke Baumwurzeln» oder Seegras mit Sprengstoff nachzubilden.

Ein Reinfeld, über den wohl auch Putin gelacht hätte

Der Faktencheck vom Februar 2023 hat der ARD viel Spott und Häme eingebracht. Denn Seymour Hershs Thesen sind zwar gewagt. Aber er hatte gar nie behauptet, die Täter hätten Pflanzen aus Sprengstoff gebastelt. Er hatte bloss das englische Verb «to plant» benutzt, im Sinne von: Der Sprengstoff ist auf den Gasleitungen platziert worden.

Ein dumme Übersetzungsfehler, den man vergessen könnte, wenn es um einen Einzelfall ginge. Doch Übereifer, gepaart mit Schludrigkeit, ist gerade im Zusammenhang mit Faktenchecks immer wieder zu beobachten. Dem «Faktenfinder» der ARD ging es vermutlich darum, Hershs Artikel möglichst fundiert zu widerlegen, weil dieser der russischen Propaganda nutzte. Das Ergebnis war jedoch nicht Journalismus, sondern medialer Klamauk, über den wohl selbst Wladimir Putin gelacht hätte.

Zuckerberg und Musk, die seltsamen Helden der Freiheit

Formate wie der ARD-«Faktenfinder» sind Symptome geworden für die Ideologisierung des Journalismus. Das Wort «Faktencheck» droht zu einem Witz zu verkommen. Zu einer Chiffre für Journalisten, die sich anmassen, über richtig und falsch zu urteilen – und ihre eigenen Meinungen und Vorurteile mit der Wahrheit verwechseln.

Mark Zuckerberg, der Chef von Meta, hat kürzlich angekündigt, bei Facebook und Instagram auf die Dienste von Faktenprüfern zu verzichten. Diese seien politisch zu voreingenommen und hätten mehr Vertrauen zerstört

als geschaffen, insbesondere in den USA. Faktisch sei es um Zensur gegangen. Künftig sollen Beiträge auf Facebook und Instagram mit sogenannten «community notes» ergänzt werden, also mit Kritik und Quellenhinweisen von anderen Nutzern.

Zuckerbergs Entscheidung sorgt auch in Europa für grosse Aufregung. Besonders vonseiten der Linken wird ihm vorgeworfen, er öffne Tür und Tor für Hass, Hetze und Desinformation. Damit wolle er sich beim notorischen Lügner Donald Trump anbieten.

Medien wie die «Weltwoche» dagegen jubelten, Zuckerberg schlage sich «auf die Seite der freiheitlichen Musketiere Trump und Elon Musk». Zuckerberg ist zweifellos ein Opportunist. Und er ist wohl genauso selektiv freiheitlich gesinnt wie Trump und Elon Musk, der als angeblicher «Absolutist der freien Rede» die chinesische Apparatschik-Diktatur bewundert.

Wahr ist, was der eigenen Ideologie dient

Was Zuckerberg über Faktenchecker sagt, ist trotz allem Opportunismus nicht falsch. Das Prüfen von Nachrichten und Aussagen gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Medien. Dies umso mehr, als soziale Netzwerke jeden Tag mit Lügen, Verschwörungstheorien und Desinformation geflutet werden. In jedem journalistischen Medium, das den Namen verdient, prüfen Mitarbeiter jeden Tag Dutzende Quellen und Aussagen.

Stimmt es, dass Migranten in einer Kleinstadt in Ohio die Katzen ihrer Nachbarn verspeisen, wie Donald Trump zu wissen glaubt? Ist das Spital in Gaza wirklich von israelischen Raketen getroffen worden? War der Attentäter von Magdeburg ein Islamist oder ein Islamhasser? Oder war er psychisch krank? Medien, die solche Fragen unvoreingenommen zu beantworten versuchen, werden in Zukunft noch wichtiger sein.

Dies aber nur, wenn sie der Versuchung widerstehen, eine Objektivität vorzugaukeln, die sie nicht haben. Im politischen Diskurs gibt es oft keine endgültigen Wahrheiten. Je nachdem, welche Experten und Studien man konsultiert, kommt man zu einem anderen Ergebnis. Wer sich hier als wahrheitssuchender Richter inszeniert, aber vor allem über Meinungen urteilt, macht sich unglaubwürdig. Genau das ist allzu oft der Fall, wenn pathetisch «ein Faktencheck» angekündigt wird oder wenn sich Journalisten hochtrabend «Faktenfinder» nennen wie bei der ARD.

Derartige Abteilungen scheinen Leute anzuziehen, die mehr wollen als Fakten prüfen. Sie neigen zu links-grünem Gedankengut, viele leisten gute Arbeit, im schlechtesten Fall funktionieren sie jedoch nach einem einfachen Muster: Wahr ist, was der eigenen Ideologie dient; falsch ist, was der politische Gegner erzählt.

Gebührenfinanzierter Rundfunk macht Politik

Die Mode, sich als Aktivist mit dem Titel «Faktenchecker» zu schmücken, war eine Reaktion auf Phänomene wie den Brexit, den Aufstieg von Donald Trump und die AfD. Dies dürfte dazu beigetragen haben, dass Faktenchecks zu politischen Themen bis heute eher einseitig eingesetzt werden – gegen alles, was als «rechts» gilt.

Ein abschreckendes Beispiel für den politischen Missbrauch von Faktenchecks ist Deutschland. Dort wirken private, vom Staat geförderte Portale wie «Correctiv» manchmal wie rot-grüne Vorfeldorganisationen. Auch der öffentlichrechtliche Rundfunk betreibt mit Faktenchecks Politik.

So liess der ARD-«Faktenfinder» kürzlich verlauten, es stimme nicht, dass die Regierung von Angela Merkel 2015 die Grenzen geöffnet habe für illegale Migration, wie das die AfD-Chefin Alice Weidel behauptete. Denn schon damals habe es keine stationären Kontrollen mehr gegeben im Schengen-Raum.

Das stimmt. Bloss stimmt es auch, dass 2015 Hunderttausende einreisen durften, die ihr Asylgesuch gemäss dem Dublin-Abkommen in anderen Ländern hätten stellen müssen. Bezeichnenderweise forderten in jenem Jahr auch linke Politikerinnen wie Ulla Jelpke, «die Grenzen für Flüchtlinge zu öffnen». Der damalige CDU-Innenminister Thomas de Maizière kritisierte, «eine Öffnung der deutschen Grenze» widerspreche geltendem Recht. Nachzulesen ist das unter anderem bei der staatlichen Bundeszentrale für politische Bildung.

Im ARD-Faktencheck erfährt man nichts davon, aber man ahnt die Absicht: Mit der Tabuisierung des Begriffs «Grenzöffnung» soll Merkels Asylpolitik legitimiert werden. Wäre es nicht Aufgabe von Faktencheckern, Mächtige zu kontrollieren, statt ihre Politik zu rechtfertigen?

Abhängigkeit von Russland? Gibt es laut Faktencheck nicht

Nach einem ähnlichen Muster versuchte der ARD-«Faktenfinder», Medienberichte über woke Auswüchse an Schulen und Universitäten zu diskreditieren. Als Beispiel nannte er eine australische Universität, die einen Leitfaden für gendergerechte Sprache erarbeitet hatte – und deswegen beschuldigt wurde, sie wolle die Begriffe Mutter und Vater abschaffen. Diese Kritik, so behauptete der «Faktenfinder», komme vor allem von rechts. Sie sei irreführend, denn die Universität wolle keine Begriffe ersetzen. Fazit: In Wahrheit gehe es um einen «Angriff auf die Wissenschaft».

Der Leitfaden der Universität zur gendergerechten Sprache ist online einsehbar. Darin steht [unter anderem](#), es werde «empfohlen», auf das Wort Muttermilch verzichten. Statt Mutter solle man besser «gebärender Elternteil» sagen. Und statt Vater «nicht gebärender Elternteil». Diese Fakten unterschlagen die ARD-«Faktenfinder», oder sie haben den Leitfaden nicht genau gelesen.

Auch hier wird im Namen der Faktenliebe mehr verschleiert als aufgeklärt. Die Zeitung «Welt» hat schon 2021 auf diesen Umstand hingewiesen. Bewirkt hat es nichts. Da sich aktivistische Faktenchecker lieber an missliebigen Kritikern abarbeiten, statt Kritik ernsthaft zu prüfen, sind sie oft mit einem Problem konfrontiert: Was sie heute für falsch erklären, kann sich morgen als richtig erweisen. Als Donald Trump 2018 kritisierte, Deutschland habe sich mit seiner Energiepolitik zur Geisel Russlands gemacht, betonten deutsche Medien, wie sehr der US-Präsident wieder einmal danebenliege.

Der Bayerische Rundfunk veröffentlichte dazu extra einen «Faktencheck» einer Journalistin, in dem die (seit dem Ukraine-Krieg offensichtliche) deutsche Abhängigkeit von Russland beinahe als Hirngespinnst erscheint. Dieselbe Journalistin erklärte zu Beginn der Corona-Krise im Bayerischen Rundfunk, das Virus sei ungefährlich, die «Panik» davor werde bloss von klickgeilen Medien und – Überraschung – Rechtsextremen geschürt.

Das entsprechende Video hat der Bayerische Rundfunk gelöscht. Die Verantwortlichen betonten aber, der Videobeitrag zu Corona sei «ein normaler, journalistisch gut begründeter, auf den damals bekannten Fakten aufbauender Kommentar» gewesen. Nach dieser Logik hätten Journalisten Galileo Galilei im Jahr 1633 guten Gewissens als Schwurpler einstufen dürfen. Denn nach den «damals bekannten Fakten» lag er ja falsch.

Faktenchecker verbreiten Fake News – und keinen kümmert's

Selbst Lügen sind im Milieu der linksaktivistischen Faktenchecker legitim, wenn sich damit politische Gegner dämonisieren lassen. Als junge Männer 2020 im französischen Bayonne einen Busfahrer totschlügen, wusste das deutsche Faktenchecker-Portal «Volksverpetzer» sofort, wer die Täter waren: «Maskengegner», die von «Fake News» über Masken inspiriert worden seien. [«Anti-Masken-Propaganda tötet»](#), kommentierte der Chefredaktor.

Die Geschichte über das Masken-Motiv war frei erfunden, wie Recherchen der NZZ und spätere Gerichtsverfahren zeigten. Die Täter waren gewöhnliche Schläger, die Streit suchten. Dennoch ist der Artikel bis heute online. Und der «Volksverpetzer», der während der Pandemie mit Schlagzeilen wie «Ganz Deutschland hasst Pandemieleugner» aufwartete, wird von etablierten deutschen Medien ernst genommen – als angeblich kritisches und gemeinnütziges Portal.

Der Krieg sei eine viel zu ernste Sache, um ihn den Militärs zu überlassen, soll der französische Journalist und Politiker Georges Clemenceau einmal gesagt haben. Gleiches gilt für den Kampf gegen Fake News, der nicht Ideologen und obrigkeitgläubigen Opportunisten überlassen werden sollte.

Die ARD hat nach Zuckerbergs Entscheid angekündigt, den «Faktenfinder» auszubauen. In einer Welt, in der Faktenchecker wirklich Fakten prüfen würden, wäre das eine gute Nachricht. Nach heutigem Stand der Fakten eher nicht.

